



Urlaubs- und Lohnausgleichskasse der Bauwirtschaft

Geschäftsbericht 2024

Das Wichtigste auf einen Blick

		2024	2023
		TEUR	TEUR
Bilanzsumme		3.175.111	3.089.919
Kapitalanlagen (Grundstücke, Wertpapiere, Bankguthaben)		2.771.706	2.671.019
Eigenkapital/Rücklagen		421.489	327.139
Erstattungsrückstellungen und -verbindlichkeiten		2.420.480	2.379.286
Hinterlegungen für die Absicherung von Wertguthaben		73.531	68.207
Beiträge		3.142.197	3.166.165
Aufwendungen der Verfahren		2.995.167	3.024.173
Erträge aus Kapitalanlagen		42.238	42.682
Bruttolohnsumme (ohne Berlin)		20.699.210	20.389.104
		2024	2023
Baubetriebe	Alte Bundesländer	67.354	68.713
	Neue Bundesländer	14.925	15.589
Zahl der Arbeitnehmer*	Alte Bundesländer**	657.813	670.810
	Neue Bundesländer**	140.038	145.770

Stand 31.12.2024

* Jahresdurchschnittswerte.

** Einschließlich der Angestellten.

Inhalt

4	Lagebericht
4	Grundlagen der ULAK
6	Wirtschaftsbericht
8	Vermögenslage
13	Finanzlage
14	Ertragslage
15	Vergleich zur Vorjahresprognose
16	Investitionen
17	Kennzahlen
18	Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage
18	Prognosebericht
19	Chancen- und Risikobericht
24	Bilanz zum 31.12.2024
26	Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. bis zum 31.12.2024
27	Anhang
27	Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss
27	Nachtragsbericht
27	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
29	Angaben zur Bilanz
34	Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung
35	Sonstige Angaben
35	Organe
38	Mitglieder
38	Verbände des Baugewerbes
39	Verbände der Bauindustrie
39	Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt
40	Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers
42	Bericht des Verwaltungsrats

Lagebericht

Grundlagen der ULAK

Die Urlaubs- und Lohnausgleichskasse der Bauwirtschaft (ULAK) ist eine von den Tarifvertragsparteien der Bauwirtschaft gemäß § 4 Abs. 2 des Tarifvertragsgesetzes geschaffene gemeinsame Einrichtung.

Sie wurde als Verein im Jahr 1949 von

- der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt,
- dem Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V. und
- dem Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e. V.

gegründet und ist durch staatliche Verleihung rechtsfähig. Mitglieder des Vereins können auch die Mitgliedsverbände der Arbeitgeberspitzenorganisationen werden. Diese Option wird von zahlreichen Mitgliedsverbänden wahrgenommen.

Die ULAK steht durch gemeinsame tarifliche Regelungen in enger Beziehung zur Zusatzversorgungskasse des Baugewerbes AG (ZVK). Gegenüber ihren Kunden treten ULAK und ZVK als ein einheitliches Unternehmen mit dem Dachnamen SOKA-BAU auf.

SOKA-BAU sieht sich als „Partner für Service und Vorsorge in der Baubranche“. Dies wird auch durch den Purpose des Unternehmens nochmals betont: „Wir sorgen für **Berufsbildung, Altersversorgung, Urlaub am Bau.**“

Der Tätigkeitsbereich der ULAK umfasst im Rahmen der jeweils gültigen Tarifverträge:

- die Sicherung der Urlaubsansprüche der Arbeitnehmer des Baugewerbes für das Bundesgebiet mit Ausnahme der Länder Bayern und Berlin. Darin einbezogen sind die Arbeitnehmer, die von Betrieben mit Sitz im Ausland für baugewerbliche Tätigkeiten nach Deutschland entsendet werden
- die Förderung der Berufsausbildung in der Bauwirtschaft

- die Sicherung von Ansprüchen der Arbeitnehmer aus Arbeitszeitguthaben (Sicherungskonten)
- die eigenen Beiträge und diejenigen der ZVK, der Gemeinnützigen Urlaubskasse des Bayerischen Baugewerbes e. V. (UKB) und der Sozialkasse des Berliner Baugewerbes (SKB) einschließlich Nebenforderungen einzuziehen. Gleichzeitig zieht die ULAK von den Betrieben der Bauwirtschaft die Winterbeschäftigungsumlage ein und führt sie an die Bundesagentur für Arbeit (BA) ab. Zu diesem Zweck besteht eine Verwaltungsvereinbarung zwischen ULAK und BA.

Ein weiterer Vereinszweck ist die Sicherung von Urlaubsansprüchen der Arbeitnehmer des Nassbaggengewerbes (Nassbaggerverfahren).

Zur Förderung der Vereinszwecke darf der Verein Dienstleistungen auch Dritten anbieten, um damit Erträge zu erwirtschaften, die zur Erfüllung der Vereinszwecke verwendet werden.

Darstellung

In diesem Bericht werden alle gerundeten Beträge aus den jeweils korrekten Euro- und Centbeträgen ermittelt. Das kann dazu führen, dass gerundete Werte in den Tabellen eine optisch andere Summation ergeben, als in den Tabellen angegeben ist. Diese Genauigkeit ermöglicht die Einschätzung, ob die Werte durch die Rundungen in Summe am unteren oder oberen Ende des Rundungsintervalls liegen.

Leistungen

Die Leistungen der ULAK betreffen im Urlaubsverfahren die Erstattung von Urlaubsvergütungen an Betriebe sowie Abgeltungs- und Entschädigungszahlungen an Arbeitnehmer.

Seit dem 01.01.2013 werden gewerblichen Arbeitnehmern bei unverschuldeter Arbeitsunfähigkeit infolge von Krankheit oder für Ausfallstunden, für die der Arbeitnehmer Saison-Kurzarbeitergeld (Saison-KUG) bezog, Mindesturlaubsvergütungen gewährt. Bei der Ermittlung der Mindesturlaubsvergütungen aufgrund des Bezugs von Saison-KUG blieben die ersten 90 Ausfallstunden unberücksichtigt. Der Saison-KUG-Zeitraum umfasst die Zeit vom 1.12. eines Jahres bis zum 31.3. des Folgejahres.

Seit dem 01.01.2023 werden gewerblichen Arbeitnehmern bei unverschuldeter Arbeitsunfähigkeit infolge von Krankheit ohne Lohnanspruch oder beim Bezug von Kurzarbeiter- oder Saison-Kurzarbeitergeld (KUG) uneingeschränkt Mindesturlaubsvergütungen gewährt.

Im Verfahren Berufsausbildung werden Ausbildungsvergütungen und Sozialaufwendungen an Betriebe erstattet sowie Kostenerstattungen für überbetriebliche Ausbildungsmaßnahmen anstelle der Arbeitgeber an überbetriebliche Ausbildungsstätten vorgenommen. Zusätzlich übernimmt seit 2016 die ULAK die Beiträge zur Tarifrrente Bau (TRB) für die Auszubildenden.

In den Erstattungen sind Beträge enthalten, die im Spitzenausgleichsverfahren (SPA) gemäß § 19 VTV mit den Betrieben abgerechnet werden. In diesem Verfahren werden die zu leistenden Beiträge und die Erstattungsansprüche des Arbeitgebers für jeweils vier aufeinanderfolgende Abrechnungszeiträume (Spitzenausgleichsintervall) miteinander verrechnet. Für nicht am Spitzenausgleich teilnehmende Betriebe werden auf monatlicher Basis die gegenseitigen Ansprüche miteinander saldiert.

Zu den Leistungen der ULAK gehört zudem die Auszahlung von Wertguthaben aus Sicherungskonten an Arbeitnehmer nach der Insolvenz eines Arbeitgebers. Für diese Zahlungen sind keine Aufwendungen auszuweisen, da lediglich die bei der ULAK hinterlegten und verzinsten Beträge ausgezahlt werden.

Beiträge

Die ULAK erhielt im abgelaufenen Geschäftsjahr für gewerbliche Arbeitnehmer einen Beitrag von 17,3 % der Bruttolohnsumme. Hiervon entfallen 15,1 % auf die Finanzierung des Urlaubsverfahrens und 2,2 % auf die Finanzierung der Berufsausbildung. Zusätzlich werden zur Finanzierung von Leistungen der Berufsausbildung 18 EUR pro Monat für Angestellte erhoben.

Die Entwicklung der Beiträge und der Leistungen ist im nachfolgenden Bericht zum Geschäftsverlauf dargestellt.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Auch im abgelaufenen Kalenderjahr konnte sich die deutsche Wirtschaft nicht erholen. Das reale Bruttoinlandsprodukt hat im Vorjahresvergleich um 0,2 % abgenommen und damit das zweite Jahr in Folge.

Zum Jahresende nahmen zwar aufgrund gesteigerter Kaufkraft erneut die privaten Konsumausgaben zu (saisonbereinigte Zunahme des realen privaten Konsums um 0,1 % gegenüber dem Vorquartal), und die Bauinvestitionen konnten von der milden Witterung profitieren (Zunahme um 1,0 % gegenüber dem Vorquartal). Allerdings konnte dies den negativen Wachstumsbeitrag aus dem Ausland nicht ausgleichen, da die Exporte beschleunigt abnahmen. Das reale Bruttoinlandsprodukt sank saisonbereinigt um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal. Das Wachstum der deutschen Wirtschaft ist damit erneut schwächer ausgefallen als in der Eurozone (+0,1 % im vierten Quartal gegenüber Vorquartal).

Die Baukonjunktur litt auf Jahressicht weiter unter höheren Zinsen und wieder etwas stärker steigenden Bauleistungspreisen, die erneut stärker zunahmen als die Verbraucherpreise. Die realen Bauinvestitionen sanken im Gesamtjahr 2024 um 3,3 % gegenüber dem Vorjahr. Dies lag allerdings maßgeblich an einem weiteren kräftigen Rückgang der Wohnungsbauinvestitionen (-5,0 %), während die Nichtwohnungsbauinvestitionen kaum noch abnahmen.

Geschäftsverlauf

Die Bruttolohnsumme aus den baugewerblichen Tätigkeiten hat einen wesentlichen Einfluss auf den Geschäftsverlauf der ULAK, da sie Grundlage für die Berechnung der Sozialkassenbeiträge und der Leistungen im Urlaubsverfahren ist. Demzufolge sind die Anzahl der gewerblichen Arbeitnehmer, die Stundenlöhne und die geleisteten Arbeitsstunden wichtige Größen für unser Unternehmen. Die Zahl der bei SOKA-BAU im Jahresdurchschnitt gemeldeten gewerblichen Arbeitnehmer sank im Geschäftsjahr um 3,3 % auf 612.304.

Für die Angestelltenbeiträge für die Berufsbildung ist die Zahl der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Angestellten maßgeblich. Diese stieg um 1,2 % auf 185.547.

Zum Jahresende waren 37.302 Auszubildende im Baugewerbe beschäftigt. Das entspricht einer Abnahme von 5,8 % gegenüber dem Vorjahr.

Die Bruttolohnsumme im gesamten Bundesgebiet stieg um 1,3 % auf 21,3 Mrd. EUR. Diese Entwicklung ist besonders beachtenswert unter Berücksichtigung der seit 2020 herrschenden schwierigen gesamtwirtschaftlichen Lage sowie den Reduktionen in den Investitionen, siehe Abschnitt „Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen“.



Vermögenslage

Die Entwicklung der Vermögenslage ergibt sich aus der nachfolgenden Darstellung:

AKTIVSEITE	31.12.2024		31.12.2023		VERÄNDERUNG	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Anlagevermögen						
Immaterielle Vermögensgegenstände, Sach- und Finanzanlagen	1.604,1	50,5	1.517,1	49,1	87,0	5,7
Umlaufvermögen						
Beitragsforderungen	329,1	10,4	320,5	10,4	8,6	2,7
Sonstige Vermögensgegenstände	65,0	2,0	88,9	2,9	-23,8	-26,8
Wertpapiere	1.086,1	34,2	1.070,2	34,6	15,9	1,5
Liquide Mittel	90,7	2,9	93,3	3,0	-2,6	-2,7
	1.571,0	49,5	1.572,8	50,9	-1,9	-0,1
	3.175,1	100,0	3.089,9	100,0	85,2	2,8

PASSIVSEITE	31.12.2024		31.12.2023		VERÄNDERUNG	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Eigenkapital						
Risikorücklage	55,6	1,8	54,1	1,8	1,5	2,8
Rücklage für zukünftige tarifliche Verpflichtungen	365,9	11,5	273,1	8,8	92,9	34,0
	421,5	13,3	327,1	10,6	94,3	28,8
Langfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen						
Pensionsrückstellungen	211,5	6,7	212,9	6,9	-1,4	-0,7
Altersteilzeit- und Jubiläumrückstellungen	0,5	0,0	0,6	0,0	-0,1	-12,9
Hinterlegungen zur Sicherung von Wertguthaben	7,2	0,2	5,5	0,2	1,8	32,1
	219,2	6,9	219,0	7,1	0,3	0,1
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen						
Erstattungsverpflichtungen						
Rückstellungen für Erstattungen	1.857,2	58,5	1.841,5	59,6	15,7	0,9
Erstattungsverbindlichkeiten	563,3	17,7	525,7	17,0	37,6	7,1
	2.420,5	76,2	2.367,2	76,6	53,2	2,2
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten						
Hinterlegungen zur Sicherung von Wertguthaben	66,3	2,1	62,8	2,0	3,6	5,7
Übrige kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	47,6	1,5	113,8	3,7	-66,2	-58,2
	113,9	3,6	176,6	5,7	-62,7	-35,5
	3.175,1	100,0	3.089,9	100,0	85,2	2,8

Im Berichtsjahr ist die Bilanzsumme um 85,2 Mio. EUR gestiegen.

Das Anlagevermögen erhöhte sich um 87,0 Mio. EUR. Diese Erhöhung speiste sich im Wesentlichen aus Steigerungen bei den Finanzanlagen im Bereich der Wertpapiere (+88,1 Mio. EUR).

Das Umlaufvermögen reduzierte sich um 1,9 Mio. EUR. Dabei sanken die Bankbestände (-2,6 Mio. EUR), gleichzeitig stiegen

die Wertpapiere (15,9 Mio. EUR). Bei den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen erhöhten sich die Beitragsforderungen (8,6 Mio. EUR) bei gleichzeitigem Sinken der Forderungen wegen besonders hoher Abgrenzungen aus dem Beitragseinzug in 2023 (-25,0 Mio. EUR).

Die Beitragsforderungen entwickelten sich wie folgt

	31.12.2024	31.12.2023	VERÄNDERUNG	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Beitragsforderungen Verfahren				
Forderungen für Beiträge am 31.12.	755,4	752,8	2,6	0,3
Forderungen für Verzugszinsen und Kosten am 31.12.	66,3	59,6	6,7	11,2
	821,7	812,4	9,3	1,1
Beitragmeldungen, die in der Zeit vom 01.01. bis zum 31.01. des Folgejahres eingegangen sind	236,8	230,4	6,4	2,8
	1.058,5	1.042,8	15,6	1,5
Wertberichtigungen	-729,5	-722,4	-7,1	-1,0
Beitragsforderungen Verfahren	329,0	320,4	8,6	2,7

Die Wertberichtigungen sind abhängig von den Forderungen zum 31.12. eines Jahres.

Nachfolgend eine Darstellung der sonstigen Vermögensgegenstände:

	31.12.2024	31.12.2023	VERÄNDERUNG	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Forderungen aus Zinsen von Wertpapieren und Einlagen bei Kreditinstituten	15,0	10,0	5,0	49,5
Forderungen an die UKB aus Erstattungen für Urlaub	39,3	43,3	-4,0	-9,3
Übrige Posten	10,8	35,5	-24,8	-69,7
	65,0	88,9	-23,8	-26,8

Die Erhöhung der Kapitalanlagen hing im Wesentlichen mit der Bruttolohnsummen- und Rückstellungssteigerung für Erstattungen zusammen. In der Wertpapierbestandserhöhung sind wie im Vorjahr keine Zuschreibungen enthalten. Demgegenüber stehen Abschreibungen in Höhe von 1,9 Mio. EUR (Vorjahr 2,8 Mio. EUR).

Die unter dem Begriff Kapitalanlagen zusammengefassten Positionen Grundstücke, Anlagen im Bau, Finanzanlagen, Wertpapiere und flüssige Mittel veränderten sich im Berichtsjahr wie folgt:

	31.12.2024		31.12.2023		VERÄNDERUNG	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Grundstücke, Anlg. im Bau und Sonstige	92,9	3,4	93,6	3,5	-0,7	-0,8
Finanzanlagen	1.502,0	54,2	1.413,9	52,9	88,1	6,2
Anlagevermögen	1.594,9	57,5	1.507,6	56,4	87,3	5,8
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	956,2	34,5	910,7	34,1	45,5	5,0
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	19,9	0,8	49,5	1,9	-29,6	-59,8
Namensschuldverschreibungen	70,0	2,5	70,0	2,6	0,0	0,0
Schuldscheinforderungen und Darlehen	40,0	1,4	40,0	1,5	0,0	0,0
Wertpapiere im UV	1.086,1	39,2	1.070,2	40,1	15,9	1,5
Einlagen bei Kreditinstituten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Bankguthaben und Kassenbestand	90,7	3,3	93,3	3,5	-2,6	-2,7
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	90,7	3,3	93,3	3,5	-2,6	-2,7
Wertpapiere und flüssige Mittel	1.176,8	42,5	1.163,4	43,6	13,3	1,1
Kapitalanlagen	2.771,7	100,0	2.671,0	100,0	100,7	3,8

Das Eigenkapital hat sich um den Jahresüberschuss in Höhe von 94,3 Mio. EUR (Vorjahr Jahresüberschuss 88,4 Mio. EUR) erhöht. Der Betrag wurde satzungsgemäß der Rücklage für zukünftige tarifliche Verpflichtungen sowie der Risikorücklage (1,75 % der Bilanzsumme) zugeführt.

Die Pensionsrückstellungen inklusive Treuhändervermögen reduzierten sich um 1,4 Mio. EUR. Die Zinsaufwendungen betrugen 0,8 Mio. EUR. Der Dienstzeitaufwand sank um 0,5 Mio. EUR.

Die Verpflichtungen aus der Absicherung von Wertguthaben aus der Arbeitszeitflexibilisierung (SIKOflex) und Altersteilzeit (SIKOplan) ergeben sich wie folgt.

Verbindlichkeiten SIKO

	2024	2023	VERÄNDERUNG	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
SIKOplan	8,6	7,0	1,6	22,6 %
SIKOflex	57,9	54,9	3,1	5,6 %
	66,5	61,9	4,7	7,5 %

Die Rückstellungen für Erstattungen, also für noch nicht genommenen Urlaub, nahmen um 15,7 Mio. EUR zu. Die Erstattungsverbindlichkeiten, also genommener, aber noch nicht beglichener Urlaub, stiegen um 37,6 Mio. EUR.

Die Erstattungsverbindlichkeiten entwickelten sich wie folgt:

	31.12.2024	31.12.2023	VERÄNDERUNG	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Verbindlichkeiten an inländische Arbeitgeber für Urlaub und Ausbildungsvergütungen am 31.12.	159,4	171,5	-12,0	-7,0
Erstattungsmeldungen, die in der Zeit 01.01.-31.01. des Folgejahres eingegangen sind	395,5	345,4	50,1	14,5
	554,9	516,8	38,1	7,4
<i>(Davon im SPA-Verfahren)</i>	112,4	86,7	25,7	29,6
Kostenerstattungsverpflichtungen an überbetriebliche Ausbildungsstätten	8,3	8,8	-0,5	-5,7
Übrige Erstattungsverpflichtungen	0,1	0,1	0,0	-36,8
	563,3	525,7	37,6	7,1

Die gebuchten Erstattungsanträge werden im laufenden Betrieb sofort an die Betriebe ausgezahlt. Die relativ große Höhe der Erstattungsverbindlichkeiten zum jeweiligen Stichtag entsteht aus Zahlungsverpflichtungen der bis Ende Januar des Folgejahres eingehenden Meldungen für das zurückliegende Geschäftsjahr sowie aus den im Spitzenausgleichsverfahren (SPA) gebuchten Erstattungsverbindlichkeiten, die erst am Ende des jeweiligen SPA-Intervalls, also im folgenden Geschäftsjahr, mit Beitragsforderungen verrechnet werden.

Des Weiteren sind Erstattungen enthalten, die aufgrund von tariflichen Regelungen noch nicht ausgezahlt werden konnten. Diese befinden sich zum Stichtag mit 28,4 Mio. EUR auf dem Niveau des Vorjahres.

Finanzlage

Einen Überblick über die Herkunft und Verwendung finanzieller Mittel gibt die folgende Kapitalflussrechnung, die die Zahlungsmittelflüsse nach der indirekten Methode darstellt.

	2024	2023
	Mio. EUR	Mio. EUR
1. Periodenergebnis	94,4	88,4
2. Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	5,4	5,0
3. Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Wertpapiere	1,2	1,8
4. Zunahme (+)/Abnahme (-) der langfristigen Rückstellungen und Verpflichtungen	0,3	4,3
5. Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und Wertpapieren	-0,7	-0,7
6. Zunahme (-)/Abnahme (+) der Beitragsforderungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	15,2	-64,6
7. Zunahme (+)/Abnahme (-) der Erstattungsverpflichtungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-9,5	62,8
8. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe aus 1. bis 7.)	106,3	97,0
9. Einzahlungen aus dem Abgang von Wertpapieren	338,4	309,6
10. Auszahlungen aus dem Erwerb von Wertpapieren	-442,9	-382,9
11. Einzahlungen aus dem Verkauf von Sachanlagen	0,0	0,0
12. Auszahlungen aus dem Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen und Sachanlagen	-4,3	-11,5
13. Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Summe aus 9. bis 12.)	-108,8	-84,8
14. Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds (Summe der Zeilen 8. und 13.)	-2,5	12,2
15. Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	93,2	81,0
16. Finanzmittelfonds am Ende der Periode	90,7	93,2

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit ist um 9,3 Mio. EUR gestiegen. Hierbei waren das bessere Periodenergebnis sowie die gegenüber dem Vorjahr etwas stärkere Abnahme der Beitragsforderungen gegenüber der Abnahme der Erstattungsverpflichtungen maßgeblich.

Entsprechend unserer Ergebnisaufteilung in Verfahrens- und Betriebsergebnis setzt sich auch der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit aus einem Anteil Verfahren (174,0 Mio. EUR) und einem Anteil Betrieb (-67,7 Mio. EUR) zusammen.

Weiterhin ist anzumerken, dass Gewinne oder Verluste aus Wertpapierverkäufen aus systematischen Gründen im Cashflow aus Investitionstätigkeit ausgewiesen werden. Im Berichtsjahr waren dies 0,9 Mio. EUR. Die Zahlungen zu den laufenden Erträgen und Aufwendungen aus den Kapitalanlagen sind bei der ULAK in Anlehnung an die Kapitalflussrechnung von Versicherungsunternehmen dem Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit und nicht der Investitionstätigkeit zugeordnet. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit von - 108,8 Mio. EUR im Berichtsjahr ergibt sich aus den gestiegenen Erwerbungen von Wertpapieren. Darüber hinaus wurden rund 4,3 Mio. EUR in Sachanlagen und

Software investiert. Der Finanzmittelfonds reduzierte sich insgesamt um 2,5 Mio. EUR.

Die ULAK verfügt zum Bilanzstichtag über ausreichende Liquiditätsreserven, um ihre tarifvertraglichen Leistungen erfüllen zu können.

Ertragslage

Die Entwicklung der Beiträge und Leistungen ist verfahrensbezogen in der folgenden Beitrags- und Leistungsrechnung dargestellt.

Beitrags- und Leistungsrechnung

	URLAUB*		BERUFSAUSBILDUNG**		GESAMT		VERÄNDERUNG	
	2024	2023	2024	2023	2024	2023		
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Beiträge								
1. Beitragssollstellungen	2.642,6	2.608,6	506,1	533,8	3.148,7	3.142,4	6,3	0,2
2. Verzugszinsen	18,1	23,0	2,9	2,3	21,0	25,4	-4,4	-17,4
3. Abschreibungen	-19,5	-14,7	-3,6	-2,5	-23,1	-17,2	-5,9	34,6
4. Wertberichtigungen	-7,3	7,5	0,0	7,1	-7,2	14,6	-21,8	-149,7
5. Sonstige Erträge	2,9	1,0	0,0	0,0	2,9	1,0	1,9	181,7
	2.636,8	2.625,5	505,4	540,7	3.142,2	3.166,2	-24,0	-0,8
Aufwendungen Verfahren								
1. Erstattungen	-2.531,1	-2.510,1	-448,5	-473,7	-2.979,6	-2.983,8	4,2	-0,1
2. Verbrauch von Rückstellungen (-)	1.020,6	1.004,8	40,7	45,0	1.061,3	1.049,8	11,5	1,1
3. Auflösung von Rückstellungen (-)	322,6	239,4	4,3	2,0	326,9	241,4	85,4	35,4
4. Zuführung zu Rückstellungen	-1.357,5	-1.285,6	-46,0	-45,0	-1.403,5	-1.330,6	-72,9	5,5
5. Sonstige Aufwendungen	-0,3	-0,9	0,0	-0,2	-0,3	-1,0	0,7	-72,0
	-2.545,7	-2.552,4	-449,5	-471,8	-2.995,2	-3.024,2	29,0	-1,0
Ergebnis der Verfahren	91,1	73,1	55,9	68,9	147,0	142,0	5,0	3,5
Betriebsergebnis	-46,2	-46,3	-6,4	-7,2	-52,7	-53,6	0,9	-1,7
Jahresergebnis	44,9	26,8	49,5	61,7	94,3	88,4	5,9	6,7

* Im Verfahren Urlaub sind die Zahlen des Nassbaggerverfahrens enthalten: Beiträge 0,5 Mio. EUR (Vorjahr 0,5 Mio. EUR), Leistungen 0,4 Mio. EUR (Vorjahr 0,4 Mio. EUR).

** Nachtragsbuchungen aus den abgeschlossenen Verfahren (u. a. Lohnausgleich) sind in den Zahlen der Berufsausbildung enthalten.

In der Entwicklung der Beiträge heben sich die Effekte aus der Beitragssenkung mit der Bruttolohnsummensteigerung nahezu auf. Im Vergleich zum Vorjahr fiel der Ergebnisbeitrag aus Zinsen, Abschreibungen und Wertberichtigung geringer aus (32,1 Mio. EUR). Dabei waren die Werte aus dem Vorjahr von Sondereffekten geprägt. Die Zinsen wurden in 2023 für 2022 und frühere Jahre geltend gemacht. Den geringeren Wertberichtigungen lagen 2023 geringere Mindestbeitragsbuchungen zugrunde.

Die leicht gestiegenen Leistungen im Urlaubsverfahren ergeben sich aus den Entwicklungen bei den Beiträgen und der Bruttolohnsumme. Wegen der geringeren Auszubildendenzahlen fielen die Leistungen im Berufsbildungsverfahren geringer als im Vorjahr aus.

Die nicht beitragsbezogene Mindesturlaubsvergütung (MUV) betrug in diesem Jahr 165,2 Mio. EUR gegenüber 161,0 Mio. EUR im Vorjahr. Diese setzt sich zusammen aus 92,8 Mio. EUR MUV wegen Krankheit und 72,4 Mio. EUR MUV wegen KUG.

Für das Jahresergebnis der ULAK und die Erfüllung ihrer tarifvertraglichen Aufgaben ist aber neben der konkreten Entwicklung der Branche und der einzelnen Verfahren auch der Ergebnisbeitrag der Kapitalanlage und der Verwaltungskosten, insgesamt das Betriebsergebnis, von wesentlicher Bedeutung. Konkret enthält das Betriebsergebnis der ULAK folgende Positionen: Zinsen und ähnliche Erträge sowie Erträge aus sonstigen Leistungen, sonstige betriebliche Erträge, Personalaufwendungen, Abschreibungen, Zinsaufwendungen und übrige betriebliche Aufwendungen.

Das Betriebsergebnis liegt mit -52,7 Mio. EUR sehr nahe an dem des Vorjahres (-53,6 Mio. EUR). Dabei wurden die gesunkenen Aufwände aus Personalkosten (4,1 Mio. EUR) sowie Abschreibungen (0,9 Mio. EUR) und Zinsen (1,4 Mio. EUR) durch ebenfalls gesunkene sonstige betriebliche Aufwendungen (0,9 Mio. EUR) und Erträge (4,5 Mio. EUR) nahezu kompensiert.

Die durchschnittliche Bruttoverzinsung aus den laufenden Erträgen sämtlicher Kapitalanlagen (Finanzanlagen und Immobilien) betrug 1,64 %.

Die Nettoverzinsung nach Zuschreibungen, Abschreibungen, Kursgewinnen, Gewinnen aus Anlagenabgängen und anteiligen Verwaltungskosten ohne die Einbeziehung der Zinsaufwendungen für die Sicherungskonten und verwaltungstechnischen Rückstellungen, bezogen auf den durchschnittlichen Kapitalanlagebestand, betrug bei einem Nettoergebnis von rund 36 Mio. EUR 1,41 %.

Vergleich zur Vorjahresprognose

Insgesamt wurde die Vorjahreserwartung von -20 Mio. EUR mit einem Jahresergebnis von 94,3 Mio. EUR weit übertroffen. Insgesamt wurde die Bruttolohnsummensteigerung von 1 % für das gesamte Bundesgebiet um 0,3 % überschritten. Insgesamt entwickelte sich das Urlaubsverfahren deutlich besser und das Berufsbildungsverfahren wegen der geringeren Anzahl an neuen Auszubildenden ebenfalls besser als erwartet.

Investitionen

Die Investmententscheidungen bei der ULAK folgen einer Kapitalanlagestrategie, wobei Teilstrategien für alle Anlageklassen bestehen. Die ULAK wendet bei der Anlage ihres Vermögens die Vorschriften des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) sowie die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) erlassene Verordnung zur Anlage des gebundenen Vermögens von Versicherungsunternehmen einschließlich der Hinweise, soweit es ihr Charakter als Sicherungskasse erlaubt, entsprechend an. Die Vorschriften dienen als verbindlicher Rahmen für die internen Anlagerichtlinien der ULAK, die zum Ziel haben, unter Einhaltung der Risikotragfähigkeit eine möglichst hohe Sicherheit und Rentabilität bei angemessener Mischung und Streuung zu erreichen. Dabei ist der Aspekt hoher Liquiditätsanforderungen bei der ULAK zu beachten. Die Entwicklung und die Zusammensetzung der Kapitalanlagen sind in den Aufstellungen zur Vermögenslage und im Anhang dargestellt.

Die Immobilienstrategie beinhaltet eine Neuausrichtung des Immobilienportfolios der ULAK. Die Bewirtschaftung des Immobilienvermögens erfolgt zukunftsorientiert und gewährleistet mit einem eigenen Immobilienmanagement, das grundsätzlich auf Bestandserhaltung und eine nachhaltige Nutzung durch kontinuierliche Aufrechterhaltung oder Verbesserung des baulichen Zustands ausgerichtet ist, langfristige und nachhaltige Renditen. Unter Berücksichtigung der Laufzeitstruktur der Passivseite der ULAK soll der Anteil der direkt gehaltenen Immobilien an der Gesamtallokation strategisch bei 3 % liegen. Es ist deshalb geplant, den aktuell direkt gehaltenen Bestand durch sukzessive Verkaufsaktivitäten mehrerer Liegenschaften deutlich zu reduzieren. Bei der Vergabe und Ausführung von Instandhaltungsmaßnahmen wird konsequent darauf geachtet, dass Baubeteiligte die tarifvertraglichen Vorschriften der Bauwirtschaft einhalten.

Zur Diversifizierung des Immobilienportfolios sowie zur Stabilisierung der laufenden Rendite während der schrittweisen Neuausrichtung des Immobilienportfolios und zur Wahrnehmung von anderen Renditechancen werden auch indirekte Immobilieninvestments mandatiert. In den Masterfonds werden neben Aktien- und Rentenstrategien auch Immobilien-, Private Equity- und Infrastrukturinvestments getätigt. Diese Investitionen verfolgen neben einer assetklassenspezifischen Diversifikation im Gesamtportfolio das Ziel, den Gesamtertrag zu stabilisieren.

Kennzahlen

Nachfolgend werden wichtige Kennzahlen in einer Mehrjahresübersicht tabellarisch dargestellt. Soweit die Kennzahlen nicht aus der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ersichtlich sind, werden sie unterhalb der Tabelle erläutert.

		2024	2023	2022	2021	2020
Vermögenslage						
Beitragsforderungen	in Mio. EUR	329,1	320,5	283,6	279,4	511,8
Intensität der Beitragsforderungen ¹⁾	in %	10,4	10,4	9,7	10,3	18,3
Wertpapiere und liquide Mittel	in Mio. EUR	1.177	1.164	1.166	1.243	1.247
Intensität der Finanzanlagen ¹⁾	in %	37,1	37,7	39,7	46,0	44,6
Bilanzsumme	in Mio. EUR	3.175	3.090	2.934	2.700	2.798
Finanzlage						
Eigenkapitalquote ¹⁾	in %	13,3	10,6	8,1	6,9	3,9
Fremdkapitalquote ¹⁾	in %	86,7	89,4	91,9	93,1	96,1
Erstattungsverpflichtungen	in Mio. EUR	2.421	2.367	2.342	2.198	2.365
Sicherungskonten	in Mio. EUR	74	68	69	66	66
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	in Mio. EUR	106	97	236	141	227
<i>Darin: Cashflow aus den Verfahren²⁾</i>	<i>in Mio. EUR</i>	<i>174</i>	<i>152</i>	<i>280</i>	<i>191</i>	<i>273</i>
Ertragslage						
Beiträge	in Mio. EUR	3.142	3.166	3.086	2.725	2.835
Verfahrensergebnis	in Mio. EUR	147,0	142,0	105,6	140,0	83,3
Nettoergebnis aus den Kapitalanlagen ³⁾	in Mio. EUR	36	36	35	35	35
Verzinsung der Kapitalanlagen						
Durchschnittsverzinsung brutto ³⁾	in %	1,6	1,7	1,8	1,9	1,9
Durchschnittsverzinsung netto ³⁾	in %	1,4	1,4	1,5	1,7	1,8
Betriebsergebnis	in Mio. EUR	-52,7	-53,6	-53,9	-61,2	-62,0
Jahresüberschuss(-fehlbetrag)	in Mio. EUR	94,3	88,4	51,8	78,8	21,3
Sonstige Kennzahlen						
Personalaufwand						
(bereinigt um einmalige Effekte)	in Mio. EUR	63	67	69	64	63
Personalkostenquote ⁴⁾	in %	2,0	2,1	2,2	2,3	2,2
Vollzeitkapazitäten (VZK) am Jahresende ⁵⁾						
VZK SOKA-BAU	Anzahl	864	906	923	961	997
VZK Angestellte SOKA-BAU ⁶⁾	Anzahl	814	855	863	903	933
VZK Angestellte ULAK ⁷⁾	Anzahl	563	618	641	661	615
VZK Angestellte ULAK	in %	69,2	72,3	74,3	73,2	65,9
Bruttolohnsummen						
Inlandsverfahren (ohne Berlin)	in Mio. EUR	20.699	20.389	20.392	19.404	19.117
Veränderung zum Vorjahr						
Entsendeverfahren	in Mio. EUR	656	745	787	752	713
Veränderung zum Vorjahr	in %	-12,0	-5,4	4,6	5,5	-2,8

1) In Prozent der Bilanzsumme.

2) Der Cashflow aus den Verfahren wird direkt aus den täglichen Kapitalflüssen ermittelt und ist Teil des Cashflows aus laufender Geschäftstätigkeit, der nach der indirekten Methode ermittelt wird.

3) Siehe Erläuterungen zur Ertragslage.

4) In Prozent der Beiträge.

5) Aktive Arbeitsverhältnisse, umgerechnet in Vollzeitkapazitäten.

6) VZK ohne Hausmeister, ohne Auszubildende.

7) VZK-Anteile der ULAK nach Auswertung der Mehrfacharbeitsverhältnisse.

Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

Die trotz des herausfordernden Umfeldes stabile Bruttolohnsummenentwicklung und die Verbesserungen in den Prozessen stärken weiter die Grundlage der ULAK. Insgesamt verfügt die ULAK zum Bilanzstichtag über ausreichende Liquiditätsreserven, um ihre tarifvertraglichen Leistungen erfüllen zu können.

Prognosebericht

Die Stimmung der Unternehmen des Bauhauptgewerbes hat sich zu Jahresbeginn aufgrund etwas günstigerer Zukunftserwartungen verbessert. Dabei sank die Lagebeurteilung der Betriebe allerdings erneut. Ein Großteil der Betriebe des Bauhauptgewerbes klagt über Auftragsmangel.

Allerdings haben sich die Frühindikatoren zuletzt – im Einklang mit der Verbesserung der Erwartungen der Baubetriebe – etwas günstiger entwickelt. So sind die Auftragseingänge im Jahresverlauf 2024 leicht gestiegen. Im vierten Quartal lagen sie volumenmäßig (und saison- und kalenderbereinigt) um 2,5 % über dem Niveau des Vorquartals. Der Anstieg erstreckte sich dabei über nahezu alle Bausparten, nur im Tiefbau blieben die Auftragseingänge auf dem Niveau des Vorquartals. Die kostenmäßigen Baugenehmigungen im Hochbau sind zumindest im Schlussquartal 2024 gestiegen. Im Wohnungsbau war dies der erste Anstieg seit Beginn des Jahres 2022.

Dies deutet darauf hin, dass sich die Baurezession im Jahresverlauf abschwächen dürfte. Der Beschäftigungsabbau wird sich allerdings vorerst noch fortsetzen und die Bruttolohnsumme wird vor diesem Hintergrund auch nur äußerst schwach zunehmen (+1,0 %).

Die Beitragssätze sind im kommenden Jahr unverändert zum Vorjahr; Urlaubsverfahren 15,1 % und Berufsbildungsverfahren 2,2 %.

Die Mindesturlaubsvergütungen erschweren eine Ergebnisprognose für das Geschäftsjahr, weil diese Ansprüche

unabhängig von der Bruttolohnsumme entstehen. Die Aufwendungen für Mindesturlaubsvergütungen infolge von Krankheit entwickelten sich im Vorjahr relativ gleichmäßig und werden deshalb linear hochgerechnet, die Aufwendungen für die Mindesturlaubsvergütungen wegen KUG-Bezug können sich jedoch witterungs- und auftragsbedingt in den Geschäftsjahren sehr unterschiedlich entwickeln. Seit 2023 greifen zudem tarifvertragliche Änderungen. Insbesondere wird die Mindesturlaubsvergütung bei Bezug von KUG ab der ersten Ausfallstunde und unabhängig vom Zeitpunkt im Jahr gewährt. In Summe wird erwartet, dass sich die Gewährungen für Mindesturlaubsvergütungen insgesamt mit rund 165 Mio. EUR auf dem Niveau des abgelaufenen Jahres bewegen.

Im Berufsbildungsverfahren wird gegenüber 2024 eine leicht erhöhte Zahl an neuen Ausbildungsverhältnissen auf dem Niveau von 2023 unterstellt. Weiterhin werden moderate tarifliche Steigerungen und eine Abrufquote wie im Berichtsjahr angesetzt.

Wir erwarten wegen einmalig deutlich erhöhten Kapitalanlageerträgen in 2025 aufgrund geplanter Immobilienverkäufe ein Betriebsergebnis von - 35,0 Mio. EUR.

Mit diesen Annahmen ergibt sich für die ULAK insgesamt eine Jahresüberdeckung von 100 Mio. EUR und eine Steigerung des Eigenkapitals auf 521 Mio. EUR.

Bei dieser Prognose ist keine Verschlechterung der Beitragslage (z. B. Zahlungsquoten, massive Arbeitsreduktionen der Baufirmen) oder eine Ausweitung des Leistungsspektrums berücksichtigt.

Die ULAK verfügt unter diesen Annahmen zum Bilanzstichtag und nach der aktuellen Kapitalertrags- und Kapitalflussplanung für das kommende Jahr über ausreichende Liquiditätsreserven, um die tarifvertraglichen Leistungen zu erbringen.

Chancen- und Risikobericht

Risikomanagement

Risikomanagement ist ein wesentliches Element zur:

- > Sicherstellung der jederzeitigen Erfüllbarkeit der eingegangenen Verpflichtungen und
- > Existenz- und Ertragsicherung der ULAK.

Es beinhaltet die systematische Erfassung, Bewertung, Steuerung und Überwachung von Risiken.

Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für das Risikomanagement. Er legt die Unternehmensziele und Strategien sowie die darin eingebetteten Risikomanagementziele für die Unternehmensplanung fest. Er ist verantwortlich für Früherkennung und Abwendung von Risiken, die geeignet sind, den Fortbestand des Unternehmens zu gefährden. Hierzu hat er die im Risikomanagement-Handbuch dokumentierten Verfahren und Maßnahmen erarbeiten lassen. Dazu gehört auch die Limitierung der einzugehenden wesentlichen Risiken im Rahmen der jährlich neu zu erfolgenden Festlegung der Risikodeckungsmasse. Die im Risikomanagement-Handbuch beschriebenen angemessenen Grundsätze, Definitionen, Methoden und Aufgaben werden in ihrer Anwendung überwacht.

Den Rahmen für das Risikomanagement bildet die durch den Vorstand formulierte Risikostrategie. Sie hat die Leitlinienfunktion im Umgang mit den Risiken und Chancen und leitet sich aus der aktuell gültigen Geschäftsstrategie ab.

Risiko ist definiert als die Möglichkeit des Nichterreichens eines explizit formulierten oder sich implizit ergebenden Zieles. Der Effekt bestehender Risiken wird sowohl im Einfluss auf das ökonomische Deckungspotenzial (marktwertig) als auch auf die kurz-, mittel- und langfristige Gewinn- und Verlustrechnung (HGB-Sicht) betrachtet.

Im Vergleich zum Vorjahr ergaben sich in den Methoden und Verfahren keine wesentlichen Veränderungen. Alle direkten Risikomanagementfunktionen wie das hausweite Risikomanagement, das Kapitalanlagen-Risikocontrolling und das Asset Liability Management bis hin zur unabhängigen Risikocontrollingfunktion sind im Bereich Finanzen und Risiko gebündelt. Die Prüfung des Risikomanagementsystems erfolgt durch die interne Revision.

Risikokategorien

Folgende Risikokategorien werden berücksichtigt:

- > Marktrisiken,
- > Kreditrisiken,
- > Konzentrationsrisiken,
- > Liquiditätsrisiken,
- > strategische Risiken,
- > operationelle Risiken und
- > Reputationsrisiken.

Risiken aus den Kapitalanlagen – Markt-, Kredit-, Konzentrations- und Liquiditätsrisiko

Allgemeine Grundsätze der Portfoliokonstruktion

Die ULAK ist sich ihrer Verantwortung aus der Leistungsfunktion bewusst. Daher ist ihre Strategie in der Kapitalanlage auf Substanzerhaltung und Verlustvermeidung ausgerichtet.

Im Rahmen der Anlagestrategie werden ökologische, soziale und ethische Grundsätze als relevante Faktoren ausdrücklich berücksichtigt. Ein zunehmend wichtiges Thema neben den bereits risikomindernd vorliegenden dynamischen Ausschlusslisten für die Kapitalanlagegeschäfte stellt daher das verbesserte Monitoring von Nachhaltigkeitsrisiken (ESG-Risiken) der Kapitalanlagen dar.

Diese beeinflussen ebenfalls die mittel- bis langfristige Entwicklung der Markt- und Kreditrisiken. Darüber hinaus haben sie Einfluss auf die Entwicklung der Reputationsrisiken. Sie werden daher in der Praxis bereits heute umfangreich gesteuert und zu einer Gesamt-Indexzahl aggregiert, die monatlich berichtet wird. Aus ihr ergibt sich aktuell kein Hinweis auf eine Gefährdung. Mittel- bis langfristig könnte das Risiko aber weiter steigen.

Als Risikomaßnahmen bestehen bereits anzuwendende Ausschlusskriterien, die in dynamischen Ausschlusslisten für die Kapitalanlagegeschäfte münden. Der weitergehende Gedanke des Social Investing und des Impact Investing wird nicht zuletzt im Zusammenhang mit der geschäftspolitischen sozialen Gesamtausrichtung der ULAK immer stärker einbezogen. Konkret operationalisiert wird das insbesondere über diesbezügliche Bewertungen der im Bestand befindlichen Immobilien, Einbeziehung von Fragebogen-Ergebnissen bei Investitions-

entscheidungen zu indirekten Immobilien und Private Equity, Einbeziehung der ESG-Kriterien im Rahmen der Manager-Selektionsprozesse für die indirekten liquiden Anlagen, interne ESG-Screenings potenzieller Investitionen und das laufende Monitoring der ESG-Ratings der im Bestand befindlichen Investments.

Marktrisiko

Das Marktrisiko bezeichnet das Risiko, das sich direkt oder indirekt aus Schwankungen der Marktpreise für die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente ergibt. Es umfasst die allgemeinen Marktrisiken, entstehend durch Schwankungen der verwendeten Zinskurven, der verwendeten Aktienindizes, der Währungskurse, der Immobilienpreise, und die spezifischen Marktrisiken, entstehend durch Schwankungen der emittentenspezifischen Spreads über den Zinskurven sowie der individuellen Aktienkurse gegenüber den Aktienindizes.

Das ökonomische Marktrisiko der ULAK liegt in steigenden Zinsen. Zur Überwachung der ökonomischen Risiken werden monatliche Value-at-Risk-Kennziffern mit einer Haltedauer von einem Jahr und einem 99,5%-Konfidenzniveau berichtet. Das Marktrisiken-Teillimit ist zum 31.12.2024 zu 54,9 % ausgelastet.

In der bilanziellen Perspektive liegt das kurzfristige auf die Gewinn- und Verlustrechnung wirkende Risiko der ULAK in Kursveränderungen, welche zu Abschreibungen führen können. Im Anlagevermögen entstehen diese aufgrund der Bilanzierung nach gemildertem Niederstwertprinzip insbesondere durch Bonitätsveränderungen, die zu deutlichen Spreadausweitungen führen. Das Risiko sinkender Zinsen manifestiert sich langfristig im Rahmen des Wiederanlagerisikos. Dieses wird im Rahmen von mehrjährigen Prognoserechnungen betrachtet.

Die bilanziellen Risiken aus den Kapitalanlagen sind im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Dies resultiert aus den im laufenden Jahr gestiegenen stillen Reserven in den Fonds. Basierend auf den ALM-Analysen wird auch über die nächsten Jahre mit einer ausreichend positiven Entwicklung der Reserven der Kapitalanlage gerechnet.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko ist das Risiko einer Verschlechterung der Zahlungsfähigkeit bis hin zum totalen Ausfall eines Emittenten bzw. Geschäftspartners. Neben dem spezifischen Zinsrisiko des Marktrisikos wird zusätzlich in der bilanziellen Perspektive das Kreditrisiko unter Verwendung des Kreditrisiko-Standardansatzes nach Basel III betrachtet und angemessen limitiert. Das gesetzte Limit wurde jederzeit deutlich unterschritten.

Konzentrationsrisiko

Das Konzentrationsrisiko wird über die größten Kreditrisiken einzelner Emittenten als Bestandteil des Kreditrisikos überwacht. Durch die breite Streuung zwischen Emittenten besteht in diesem Zusammenhang aktuell kein wesentliches Risiko für die ULAK.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko wird durch die Anlagepolitik und Finanzplanung sehr gering gehalten. Um jedoch einen umfassenden Blick über alle Risiken zu gewinnen, ist ein Report über das Liquiditätsrisiko im Einsatz. Es orientiert sich im Vorgehen an den Anforderungen für die LCR-Quote (Liquidity Coverage Ratio) nach Basel III. Eine ausreichende Quote war zu jeder Zeit gegeben.

Strategische Risiken

Das strategische Risiko ist das Risiko einer unerwarteten nachteiligen und nachhaltigen Veränderung im Unternehmenswert, die dadurch entsteht, dass strategische Managemententscheidungen nachhaltig negative Folgen haben. Bei der ULAK gehören neben dem Beitragsrisiko noch weitere Risiken aus der Änderung der Gesetzgebung und Rechtsprechung zu dieser Kategorie, sofern sie existenzielle beitragsbezogene Voraussetzungen berühren. Die Haupteinflussfaktoren auf das Beitragsrisiko, wie z. B. Abrufquoten, Beitragsdeckungen oder Bruttolohnsummen, werden unterjährig überwacht. Die Bruttolohnsummenentwicklung ist bisher, wenn auch bereits auf einem gegenüber dem Vorjahr geringeren Niveau, noch weiterhin positiv und wirkt kompensatorisch. Das Beitragsrisiko kann sich jedoch bereits absehbar zunehmend manifestieren und insbesondere zu einer zunehmenden Gefahr entwickeln, wenn sich der Bausektor konjunkturell nachhaltig negativ entwickeln sollte.

Strategische Risiken entziehen sich oftmals einer exakten quantitativen Bewertung. Dennoch werden sie mittels qualifizierter Schätzungen der Bewertung zugänglich gemacht. Neben einem maximalen Schadenswert wird dabei eine Eintrittswahrscheinlichkeit geschätzt.

Für die ULAK spielt das strategische Risiko durch die besondere Bedeutung der Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) der Sozialkassentarifverträge und die starke Abhängigkeit von ihren Trägern und der Politik eine besonders große Rolle. Es stammt überwiegend aus dem Unternehmensumfeld und ist nur schwer direkt beeinflussbar, jedoch im Extremfall potenziell existenzbedrohend. Es bedarf daher jederzeit der besonderen Aufmerksamkeit und einer konsequenten Ausrichtung der ULAK auf eine möglichst positive Wahrnehmung in der Öffentlichkeit. Der Ende 2024 abgeschlossene Transformationsprozess „SOKA-BAU 2.0“ mit dem Ziel einer weitestgehend agilen und digitalen Organisation wird dem zusätzlich Rechnung tragen.

Die AVE als strategisch bedeutsames wichtiges Instrument für einen langfristigen Erfolg der ULAK ist die Voraussetzung dafür, dass sie Beiträge von allen Baubetrieben – unabhängig von deren Mitgliedschaft in einem Arbeitgeberverband – erheben kann. Nach zwischenzeitlicher Unwirksamkeitserklärung der AVEen

von Oktober 2007 bis Dezember 2014 durch das BAG ist durch das Sozialkassenverfahrensicherungsgesetz (SokaSiG), die aktuell für die neueren AVEen gültige Rechtsgrundlage des Tarifautonomiestärkungsgesetzes (TASG) sowie durch die Beschlüsse und die dabei entwickelten Grundsätze des BAG die Gefahr einer Unwirksamkeit vergangener bzw. Nichterteilung zukünftiger AVEen weiterhin sehr unwahrscheinlich.

Operationelle Risiken

Zu den wesentlichen operationellen Risiken der ULAK gehören Risiken aus dem aktuellen Projektportfolio, aber auch allein durch eine anhaltend hohe allgemeine Bedrohungslage durch Cyberangriffe potenziell weiter steigende Risiken aus dem IT- und Informationssicherheitsumfeld. Auch das gesondert ausgewiesene Datenschutzrisiko ist derzeit wesentlich. Besondere Beachtung finden aber auch aktuell nicht wesentliche operationelle Risiken aus dem Personalumfeld einschließlich der Kundenservicebereiche. Die verwendete Bewertungsmethodik entspricht der Darstellung zu den strategischen Risiken.

Im Zusammenhang mit dem Projektportfolio besteht ein wesentliches Risiko zum einen in der Überziehung des Gesamtprojektbudgets und zum anderen in einem potenziellen Nutzenentgang. Im Projektportfolio sind überwiegend strategische, regulatorische oder den Tarifvertrag betreffende Projekte oder betriebssichernde Projekte enthalten. Während die strategischen und tarifvertraglichen Projekte aufgrund der potenziell existenzbedrohenden Wirkung erfolgreich sein müssen, vermindern die betriebssichernden IT-Projekte insbesondere die identifizierten IT-Ausfall-, IT-Integritäts- und IT-Innovationsrisiken. Als Maßnahme zur Risikobegrenzung existiert neben einer rollierenden, agilen und dynamischen Projektportfolio-Bearbeitung eine auf projektinternen Risikolisten basierende Risikosteuerung. Trotzdem bestehen insbesondere infolge des Transformationsprozesses „SOKA-BAU 2.0“ neben den Chancen aus Digitalisierung und Serviceorientierung auch noch weitere wesentliche Nichtumsetzungsrisiken, die sich realisieren könnten.

Die Risiken sind aktuell aus der Risikodeckungsmasse ausreichend und angemessen abgedeckt. Das Teillimit für die operationellen und strategischen Risiken ist zum 31.12.2024 zu 46,2 % ausgelastet.

Reputationsrisiken

Die Bewertung der Reputationsrisiken in Form einer möglichen Beschädigung des Rufes der ULAK erfolgt durch eine Expertenschätzung rein qualitativ über eine wirkungsbezogene fünfstufige Skala in Verbindung mit Eintrittswahrscheinlichkeiten. Im Extremfall potenziell existenzbedrohende Reputationsrisiken bestehen mit einer sehr geringen Eintrittswahrscheinlichkeit im Umfeld des Projektportfolios und der Geschäftspartnererfassung. Ebenfalls wesentlich bleibt das auch weiterhin über temporäre Funktions- und Produktionseinschränkungen sowie projekt- bzw. migrationsbedingte Mehraufwände etwas erhöhte Reputationsrisiko des laufenden Produktionsbetriebes. Wichtige Einflussgrößen werden über Risikoindikatoren überwacht. Weitere potenziell wesentliche Reputationsrisiken werden auch im Zusammenhang mit ESG-Risiken aktuell in den Geschäftsprozessen nicht gesehen.

Eine konsequente Umsetzung der Service-Maßnahmen zum Erreichen der in der Strategie als übergreifendes Ziel formulierten Akzeptanzquote von 80 % der Kunden stellen mittel- bis langfristig eine Chance zur Minderung der Reputationsrisiken dar.

Zusammenfassende Darstellung der Chancen- und Risikolage – Risikotragfähigkeit

Chancen- und Risikolage

Mindestens kurzfristig wird sich die Risikotragfähigkeit erst einmal entspannen. Aufgrund niedrigerer Aufwände im Berufsbildungsverfahren sowie geringerer Abrufe im Urlaubsverfahren ist eine im Vergleich zur Prognose im Herbst letzten Jahres positivere Entwicklung der Rücklage für zukünftige tarifliche Verpflichtungen zu erwarten. Eine Gefahr bleibt jedoch das leicht nominal weiter gestiegene Beitragsrisiko, wenn sich der Bausektor konjunkturell nachhaltig negativ entwickeln sollte. Mittelfristig bleibt die Situation insbesondere aufgrund der Lage am Bau aus Risikosicht daher angespannter, während sich langfristig aus aktueller Sicht dank der gestiegenen Zinsen und damit steigender ordentlicher Erträge eine wieder entspannte Situation zeigt. Jedoch ist insbesondere die langfristige Prognose aufgrund des kurzfristigen Geschäftsmodells weiterhin mit Risiken belastet.

Es liegen keine wesentlichen Veränderungen der Risiken gegenüber dem Vorjahr vor. Neben den bereits kurzfristig potenziell auf das Jahresergebnis wirkenden operationellen Risiken überwiegen mittel- bis langfristig Chancen zur nachhaltigen Verbesserung der Performance und Kostensenkung des Geschäftsbetriebes. Der in der strategischen Ausrichtung thematisierte Begriff der Digitalisierung umfasst den Wandel von Prozessen und Wertschöpfungsketten durch neue technische Methoden und Möglichkeiten. Darin liegt vor allem die Chance, auch weiter zunehmend über neue Wege mit den Kunden zu kommunizieren, vermeidbare Kundenanliegen weiter zu reduzieren und dadurch die Kundenakzeptanz zu stärken.

Auf Dauer potenziell bestandsgefährdende Risiken werden weiterhin besonders aufmerksam gesteuert. Eine unmittelbare Bestandsgefährdung ist aktuell nicht abzuleiten.

Risikotragfähigkeit

Der Nachweis der ökonomischen Risikotragfähigkeit erfolgt über das ökonomische Risikodeckungspotenzial und die daraus festgelegte Risikodeckungsmasse, die für das Eingehen der Risiken zur Verfügung gestellt wird. Dabei wird die Aktivseite den Verbindlichkeiten marktnah gegenübergestellt.

Die als zusätzliches Risikodeckungspotenzial bestehende Rücklage für zukünftige tarifliche Verpflichtungen soll vorsichtshalber nur anteilig für das Eingehen ökonomischer Risiken verwendet werden.

Alle Risiken werden dieser ökonomischen Risikodeckungsmasse mit ihren Value-at-Risk-Schadenshöhen, mit einer Haltedauer von einem Jahr und 99,5 % Konfidenzniveau oder diesen näherungsweise entsprechenden Werten aus den Expertenschätzungen gegenübergestellt. Den überwiegenden Beitrag leisten die Marktrisiken, gefolgt von den Beitragsrisiken. Weniger relevant sind die operationellen Risiken.

Für die einzelnen Risikokategorien werden aus der Risikodeckungsmasse (Teil-)Limite abgeleitet, die in regelmäßigen Abständen überwacht werden. Für die Marktrisiken erfolgt die Überwachung monatlich im Risikobericht der Kapitalanlagen. Operationelle Risiken werden im Rahmen des Risikomanagementberichts des gesamten Unternehmens quartalsweise ausgewiesen.

Auf die gewählten Limite werden unterjährig aufgetretene Verluste/Schadensfälle angerechnet.

Insgesamt war die Risikotragfähigkeit während des gesamten Jahres 2024 jederzeit gegeben. Zum 31.12.2024 ist die festgelegte Risikodeckungsmasse zu 50,9 % ausgelastet. Für 2025 ist weiterhin von einer gegebenen Risikotragfähigkeit auszugehen.

Bilanz zum 31.12.2024

AKTIVSEITE				Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	TEUR
A. Anlagevermögen			1.604.138.329,27	1.517.090
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		1.862.467,00		1.658
1. Entgeltlich erworbene EDV-Software	1.742.515,00			1.538
2. Geleistete Anzahlungen	119.952,00			120
II. Sachanlagen		100.238.249,19		101.484
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	58.057.133,63			59.183
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.361.169,00			7.860
3. Anlagen im Bau	34.819.946,56			34.441
III. Finanzanlagen		1.502.037.613,08		1.413.948
1. Wertpapiere des Anlagevermögens	1.502.037.613,08			1.413.948
B. Umlaufvermögen			1.570.972.878,12	1.572.829
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		394.185.520,69		409.386
1. Beitragsforderungen	329.143.575,60			320.498
2. Sonstige Vermögensgegenstände	65.041.945,09			88.888
II. Wertpapiere		1.086.087.538,84		1.070.188
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		90.699.818,59		93.255
			3.175.111.207,39	3.089.919

PASSIVSEITE		Vorjahr		
	EUR	EUR	EUR	TEUR
A. Eigenkapital			421.488.690,54	327.139
Gewinnrücklagen				
1. Risikorücklage		55.564.446,13		54.074
2. Rücklage für zukünftige tarifliche Verpflichtungen		365.924.244,41		273.066
B. Rückstellungen			2.075.676.677,40	2.066.588
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		211.514.507,68		212.907
2. Steuerrückstellungen		98.000,00		118
3. Sonstige Rückstellungen		1.857.203.581,76		1.841.525
3.1. Rückstellungen für Erstattungen				
3.1.1. Urlaub	1.806.193.100,00			1.791.553
3.1.2. Berufsausbildung	50.000.000,00			49.000
3.1.3. Nassbaggerverfahren	1.010.481,76			972
3.2. Andere sonstige Rückstellungen		6.860.587,96		12.040
C. Verbindlichkeiten			677.945.839,45	696.191
1. Erstattungsverbindlichkeiten		563.276.658,49		525.722
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		4.711.764,67		4.024
3. Sonstige Verbindlichkeiten, davon aus Steuern 2.654.335,19 EUR (Vj. 2.669.320,19 EUR) davon im Rahmen der sozialen Sicherheit 39.628,33 EUR (Vj. 28.337,08 EUR)		109.957.416,29		166.445
			3.175.111.207,39	3.089.919

Der Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 6 HGB (Pensionsrückstellungen) beträgt -2.262.266 EUR.
Dieser Betrag unterliegt einer Ausschüttungssperre.

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 01.01. bis zum 31.12.2024

	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
1. Beiträge		3.142.196.832,91		3.166.165
2. Zinsen und ähnliche Erträge sowie Erträge aus sonstigen Leistungen		63.015.075,40		67.536
3. Sonstige betriebliche Erträge		1.743.795,89		1.295
			3.206.955.704,20	
4. Aufwendungen Verfahren		2.995.166.849,78		3.024.173
5. Personalaufwand		62.592.097,14		
5.1. Löhne und Gehälter	49.153.635,11			51.694
5.2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	13.438.462,03			15.017
Davon für Altersversorgung 4.007.380,09 EUR (Vorjahr 5.366.703,16 EUR)				
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		5.543.305,31		5.044
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		45.902.354,77		44.987
8. Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens und Finanzlagen		1.883.615,01		2.766
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		1.394.321,20		2.757
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		123.660,49		134
			3.112.606.203,70	
11. Ergebnis nach Steuern			94.349.500,50	88.425
12. Entnahme aus den/Einstellungen in die Gewinnrücklagen			94.349.500,50	88.425
13. Bilanzergebnis			0,00	0

Anhang

Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Der Jahresabschluss zum 31.12.2024 ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) in der Fassung des Bilanzrichtlinien-Umsetzungsgesetzes aufgestellt, da gemäß § 7 Nr. 1.1 der Satzung die für Aktiengesellschaften geltenden Bilanzierungsvorschriften beachtet werden sollen und die für Pensionskassen geltenden Bewertungsvorschriften anzuwenden sind.

Die Gliederung der Bilanz entspricht § 266 HGB. Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde im Sinne des § 275 Abs. 2 HGB nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt. Besonderheiten, die sich aus der Geschäftstätigkeit ULAK ergeben, wurden berücksichtigt. Bestimmte Positionen in Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung wurden daher in Anlehnung an § 265 Abs. 5 und 6 HGB angepasst.

Nachtragsbericht

Es gibt keinen Nachtragsbericht.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierung und Bewertung des Anlagevermögens

Immaterielle Vermögensgegenstände

Die immateriellen Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bilanziert. Der Abschreibungszeitraum beträgt für ab 2021 angeschaffte Vermögensgegenstände drei Jahre, d. h., sie werden mit 33,3 % abgeschrieben; für Anschaffungen in den Jahren vor 2021 wurden vier Jahre Nutzungsdauer angesetzt.

Sachanlagen

Das Sachanlagevermögen wird mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen bewertet (fortgeführte Anschaffungskosten).

Die linearen Abschreibungen werden auf der Grundlage der erwarteten Nutzungsdauer dieser Vermögensgegenstände ermittelt und mit dem Anschaffungsmonat beginnend zeitanteilig vorgenommen. Für ein Gewerbeobjekt wird eine Restnutzungsdauer von 30 Jahren angenommen. Den Abschreibungen der Wohngebäude liegen Nutzungsdauern von 40 oder 50 Jahren zugrunde.

Anlagegüter mit Anschaffungskosten bis zu 800 EUR werden im Jahr der Anschaffung in voller Höhe abgeschrieben.

Finanzanlagen

Das Finanzanlagevermögen wird mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen bewertet (fortgeführte Anschaffungskosten).

Die linearen Abschreibungen werden auf der Grundlage der erwarteten Nutzungsdauer, der Zeit bis zur Endfälligkeit dieser Vermögensgegenstände und mit dem Nominalwert als Restwert ermittelt und mit dem Anschaffungsmonat beginnend zeitanteilig vorgenommen.

Bilanzierung und Bewertung des Umlaufvermögens

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Der Ansatz der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände erfolgt zum Nominalwert oder zu dem am Stichtag niedrigeren beizulegenden Wert.

Die Beitragsforderungen werden zum Nennwert angesetzt, abzüglich angemessener Wertberichtigungen. Die Pauschalwertberichtigung ermittelt sich anhand empirischer Erhebungen der Forderungsausfälle der vergangenen Jahre.

Die in den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesenen Zinsabgrenzungen, Forderungen aus der Immobilienverwaltung und anderen Forderungen werden mit ihrem Nominalbetrag angesetzt. Erforderliche Abschreibungen bzw. Einzelabwertungen werden in angemessener Höhe vorgenommen.

Wertguthaben aus Lebensarbeitszeitkonten von Mitarbeitern wurden zur Absicherung an einen rechtlich selbstständigen Treuhänder übertragen. Der beizulegende Zeitwert der über Lebensversicherungsverträge rückgedeckten Wertguthaben entspricht den Aktivwerten der Lebensversicherungsverträge zum 31.12.2024. Das Deckungsvermögen für die kongruent bestehende Verpflichtung wurde mit dieser Verpflichtung gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet.

Wertpapiere

Die festverzinslichen Wertpapiere und die Investmentanteile des Umlaufvermögens sind mit den Anschaffungskosten gemäß § 253 Abs. 1 HGB angesetzt oder mit den niedrigeren Börsen- oder Marktpreisen am Abschlussstichtag gemäß § 253 Abs. 4 HGB bewertet. Wenn die Gründe für eine Abwertung entfallen, werden entsprechende Zuschreibungen vorgenommen.

Namenschuldverschreibungen des Umlaufvermögens werden gemäß § 341 c Abs. 1 HGB mit ihrem Nennbetrag angesetzt. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten für höhere Anschaffungskosten werden nicht gebildet.

Schuldscheinforderungen des Umlaufvermögens werden gemäß § 341 c Abs. 3 HGB mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Zur Berechnung der kumulierten Amortisation bei Unterschieden zwischen den Anschaffungskosten und den Rückzahlungsbeiträgen wird die Effektivzinsmethode angewendet.

Im Falle eines Tauschgeschäftes werden die handelsrechtlichen Tauschgrundsätze beachtet. Dabei erfolgt die Bilanzierung nach der Methode der Buchwertfortführung, nach der die Buchwerte der hingegebenen Wertpapiere als Anschaffungskosten der erhaltenen (eingetauschten) Wertpapiere fortgeführt werden.

Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten

Die Kassenbestände und die Guthaben bei Kreditinstituten werden zum Nominalwert angesetzt.

Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Pensionsrückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Die Bewertung erfolgt nach dem versicherungsmathematischen Anwartschaftsbarwertverfahren unter Berücksichtigung von erwarteten zukünftigen Lohn- und Gehaltssteigerungen sowie Rentenanpassungen. Für die Abzinsung wurde pauschal eine durchschnittliche Restlaufzeit von 15 Jahren unterstellt und dafür der von der Deutschen Bundesbank auf den Bilanzstichtag ermittelte durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre angesetzt.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Künftige Preis- und Kostensteigerungen werden hierbei berücksichtigt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden nach den Regeln gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit

dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst. Der Zinssatz wird durch die Deutsche Bundesbank ermittelt und bereitgestellt.

Die Verpflichtungen aus Lebensarbeitszeitkonten von Mitarbeitern werden mit dem kongruent bestehenden Deckungsvermögen, das zur Absicherung an einen rechtlich selbstständigen Treuhänder übertragen worden ist, gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet.

Die Rückstellungen für Jubiläumszahlungen werden nach dem versicherungsmathematischen Anwartschaftsbarwertverfahren unter Berücksichtigung von erwarteten zukünftigen Lohn- und Gehaltssteigerungen berechnet. Für die Abzinsung wird entsprechend dem

Wahlrecht nach § 253 Abs. 2 HGB der von der Deutschen Bundesbank veröffentlichte durchschnittliche Marktzinssatz berücksichtigt, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Fremdwährungen

Die auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden werden nach § 256 a HGB mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet.

Angaben zur Bilanz

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2024

	ANSCHAFFUNGS-, HERSTELLUNGSKOSTEN			ABSCHREIBUNGEN			BILANZWERTE	
	01.01. 2024	Zugänge (-) Abgänge/ (U) Umbuchungen	31.12. 2024	01.01. 2024	Zugänge (-) Abgänge/ (U) Umbuchungen	31.12. 2024	31.12. 2024	31.12. 2023
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Immaterielle Vermögensgegenstände								
1. Entgeltlich erworbene EDV-Software	19.941	1.091 0	21.032	18.403	887 0	19.290	1.742	1.538
2. Geleistete Anzahlungen	6.216	0	6.216	6.096*	0*	6.096	120	120
Sachanlagevermögen								
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	74.602	U 0	74.602	15.419	U 0	16.545	58.057	59.183
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	38.876	U 2.859 -77 0	41.658	31.016	U 3.357 -76 0	34.297	7.361	7.860
3. Anlagen im Bau	34.441	U 379 0	34.820	0	U 0 0	0	34.820	34.441
Finanzanlagen								
1. Wertpapiere des Anlagevermögens	1.422.722	U 318.006 -228.732 0	1.511.996	8.774	U 1.184 0 0	9.958	1.502.038	1.413.948
Anlagevermögen	1.596.798	322.335** -228.809	1.690.324	79.708	6.553** -76	86.186	1.604.138	1.517.090

* Außerplanmäßige Abschreibungen.

** Ohne direkt abgeschriebene geringwertige Wirtschaftsgüter in Höhe von 174 TEUR.

Entwicklung der Wertpapiere und der flüssigen Mittel

	Bilanzwert 01.01.2024	Zugänge	Abgänge	Abschrei- bungen*	Zuschrei- bungen	Bilanzwert 31.12.2024
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	910.702	45.499	0	0	0	956.201
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.463.434	387.512	327.838	1.184	0	1.521.924
a) Namensschuldverschreibungen	70.000	0	0	0	0	70.000
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	40.000	0	0	0	0	40.000
Wertpapiere	2.484.136	433.011	327.838	1.184	0	2.588.125
Einlagen bei Kreditinstituten	0	0	0	0	0	0
Laufende Bankguthaben und Kassenbestand	93.277	0	2.577	0	0	90.700
Guthaben bei Kreditinstituten und Kassenbestand	93.277	0	2.577	0	0	90.700
Wertpapiere und flüssige Mittel	2.577.413	433.011	330.415	1.184	0	2.678.825

* Die Abschreibungen von 1.184 TEUR betreffen Bewertungsabschläge im Anlagevermögen (ratierliche zeitbezogene Abschreibung) zum Bilanzstichtag.

Die ULAK hielt zum Bilanzstichtag 100 % an zwei durch eine Kapitalverwaltungsgesellschaft verwalteten Master-Fonds (Buchwert 956.201 TEUR und Marktwert 1.113.690 TEUR, Ausschüttung im Geschäftsjahr 14.000 TEUR). Dem Master-Fonds wurden zusätzliche Mittel (inkl. Ausschüttung) in Höhe von 45.500 TEUR zugeführt.

Eigenkapital

Die Jahresüberdeckung in Höhe von 94.350 TEUR (Vorjahr Jahresüberdeckung 88.425 TEUR) wurde satzungsgemäß der Risikorücklage sowie der Rücklage für zukünftige tarifliche Verpflichtungen zugeführt.

Die Risikorücklage dient zum Ausgleich besonderer Risiken aus dem laufenden Geschäftsbetrieb, die über die Planung des Sozialkassenbeitrages hinausgehen, insbesondere des Kapitalanlagerisikos. Sie wurde in 2023 dynamisiert und ist satzungsgemäß jährlich auf 1,75 % der Bilanzsumme zu erhöhen und beträgt zum Abschluss 55.564 TEUR (Vorjahr 54.074 TEUR).

Die Rücklage für zukünftige tarifliche Verpflichtungen betrug zum Bilanzstichtag 365.924 TEUR (Vorjahr 273.066 TEUR).

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Der Bewertung lagen in den versicherungsmathematischen Gutachten folgende Annahmen zugrunde (die Vorjahreswerte sind angegeben, soweit sie sich geändert haben):

Dynamik der anrechenbaren Bezüge	2,0 %
Anpassung lfd. Renten	1,5 % / 2,5 %
Rechnungszins	1,90 % (Vorjahr 1,82 %)
Sterblichkeit	„RT 2018 G“ von Klaus Heubeck

Die Anteile von Pensionsansprüchen, die nicht vom Pensions-Sicherungs-Verein gegen Insolvenz gesichert sind, werden zur Absicherung an einen rechtlich selbstständigen Treuhänder übertragen. Der Ausweis der

Pensionsrückstellungen ist um das Deckungsvermögen in Höhe von 2.255 TEUR (Vorjahr 1.157 TEUR) vermindert. Darin ist eine periodische Entwicklung in Höhe von 1.098 TEUR (kumuliert 2011 TEUR) enthalten, die nicht mit den Zinszuführungen zu den Pensionsrückstellungen verrechnet worden ist.

Sonstige Rückstellungen

Rückstellungen für Erstattungen

Die Rückstellungen für Erstattungen stehen für erwartete Inanspruchnahmen aus der Durchführung der tarifvertraglich vereinbarten Verfahren für Urlaub im inländischen sowie Entsendeverfahren, Berufsausbildung und das Nassbaggergewerbe. Die Rückstellungen werden aufgrund der kurzen Restlaufzeit nicht abgezinst. Sie entwickelten sich wie folgt:

	Stand 01.01.2024	Verbrauch	Auflösung	Verrechnung	Zuführung	Stand 31.12.2024
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Urlaub	1.791,6	1.020,3	322,6	0,4	1.357,2	1.806,2
Berufsausbildung	49,0	40,7	4,3	–	46,0	50,0
Nassbaggerverfahren	1,0	0,3	–	–	0,4	1,0
	1.841,5	1.061,3	326,9	0,4	1.403,5	1.857,2

Die Entwicklung der Rückstellungen zeigt die übliche abrufverhaltensbedingte Schwankung.

Andere sonstige Rückstellungen

Die Position beinhaltet im Wesentlichen Rückstellungen in Höhe von insgesamt 6,9 Mio. EUR (Vorjahr 12,0 Mio. EUR) für ungewisse Verbindlichkeiten, vor allem für Rechtsstreitigkeiten im Beitragseinzug, Restrukturierungsmaßnahmen, Jubiläumzahlungen, Urlaub, Zeitguthaben sowie für Prüfungs- und Beratungskosten. Wegen des Auslaufens der Altersteilzeitverträge im abgelaufenen Jahr ist im Gegensatz zu den Vorjahren keine Rückstellung hierfür mehr enthalten.

Die Verpflichtungen aus Lebensarbeitszeitkonten für Mitarbeiter wurden mit dem kongruent bestehenden Deckungsvermögen gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet. Die notwendigen Verrechnungen ergeben sich wie folgt:

	2024	2023	Differenz
	TEUR	TEUR	
Anschaffungskosten	4.096	3.924	173
Beizulegender Zeitwert	4.553	4.276	278
Erfüllungsbetrag der Verpflichtung	-4.553	-4.276	-278
Saldierter Bilanzausweis	0	0	0
Aufwendungen	105	82	23
Erträge	-105	-82	-23
Saldo	0	0	0

Die Rückstellung für Jubiläumzahlungen wurde versicherungsmathematisch nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren ermittelt. Rechnungsgrundlagen waren ein Zinsfuß von 1,96 % (Vorjahr 1,74 %), ein Gehaltstrend von 2,0 % sowie ein Trend für die Beitragsbemessungsgrenze in der Sozialversicherung von 1,75 % p.a.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeitspiegel	GESAMT	DAVON RESTLAUFZEIT			GESICHERT
	TEUR	unter 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre	TEUR
Erstattungsverbindlichkeiten	563.277	563.277	0	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.712	4.712	0	0	0
Sonstige Verbindlichkeiten	109.957	102.757	6.790	410	0
Gesamtbetrag	677.946	670.746	6.790	410	0
Gesamtbetrag im Vorjahr	696.190	690.740	5.020	430	0

Die sonstigen Verbindlichkeiten setzten sich wie folgt zusammen:

	31.12.2024	31.12.2023
	TEUR	TEUR
Auszahlungsverpflichtungen aufgrund der Absicherung der Arbeitszeitflexibilisierungsregelung (Ausgleichskonto) im Baugewerbe	57.916	54.855
Auszahlungsverpflichtungen aufgrund der Absicherung von Altersteilzeit im Baugewerbe	8.633	7.042
Winterbau-Umlagebeträge, die an die Bundesanstalt für Arbeit (BA) weiterzuleiten sind	2.098	1.457
Hinterlegungen auf Sicherungskonten für Unternehmen außerhalb des Baugewerbes	6.982	6.310
Übrige Posten	34.328	96.781
Summe	109.957	166.445

Die Schwankungen bei den übrigen Posten ergeben sich aus Stichtagseffekten, die sich unter anderem aus der konkreten Zahlungsabwicklung zwischen der ULAK, der UKB, der ZVK und der Bundesagentur für Arbeit ergeben.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen und Haftungsverhältnisse

Sonstige finanzielle Verpflichtungen betreffen die Mietzahlungen für von der ZVK angemietete Räume in Höhe von rund 3,1 Mio. EUR jährlich. Es handelt sich um ein unbefristetes Mietverhältnis. Nennenswerte Leasingverpflichtungen gibt es nicht.

Für einen Immobilienankauf stehen noch Kaufpreistraten in Höhe von 3,6 Mio. EUR aus. Obligos für Aufträge zu Restarbeiten zur Herstellung von Gebäuden bestanden zum Stichtag darüber hinaus in unwesentlicher Höhe.

Weiterhin besteht ein Obligo für IT-Lizenzen und Geräteleasing in Höhe von 16,8 Mio. EUR für die Jahre 2025 bis 2032.

Es bestanden am Bilanzstichtag nicht bilanzierte Treuhandvermögen und Treuhandverbindlichkeiten aus Sicherheitsleistungen der Mieter in Höhe von 1,0 Mio. EUR. Aufgrund des in gleicher Höhe bestehenden Treuhandvermögens besteht kein Risiko der einseitigen Inanspruchnahme der Treuhandverbindlichkeiten.

Des Weiteren besteht eine Eventualverbindlichkeit in Höhe von 15,7 Mio. EUR für von der ZVK bilanzierte Pensionsrückstellungen.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Beiträge

Die Beiträge enthalten periodenfremde Stornos aufgrund von Korrekturen, Nachmeldungen und -forderungen bzw. Mindestbeiträgen für Abrechnungszeiträume, die vor dem Berichtsjahr liegen. Sie betragen für das Urlaubsverfahren rund 62,2 Mio. EUR und für das Berufsbildungsverfahren rund 11,9 Mio. EUR.

Zinsen und ähnliche Erträge sowie sonstige Leistungen

Die Zinsen und ähnliche Erträge sowie sonstige Leistungen haben sich wie folgt entwickelt:

	Stand	Stand	Veränderung	
	31.12.2024	31.12.2023	Mio. EUR	%
Zinsen und ähnliche Erträge	37,6	37,9	-0,3	-0,8
Kostenerstattungen Schwesterkassen	11,1	16,0	-4,9	-30,5
Mieten	5,8	5,7	0,2	2,8
Fremdverwaltung Immobilien	6,2	5,5	0,7	12,7
Erlöse IT-Dienstleistungen an Dritte	1,2	1,4	-0,2	-17,2
Erträge SIKO	0,8	0,8	0,0	-4,4
Sonstiges	0,3	0,2	0,1	70,4
Summe	63,0	67,5	-4,5	-6,7

Die Reduktion ergibt sich im Wesentlichen aus einer Reduktion bei den Kostenerstattungen gegenüber den Schwesterkassen.

Sonstige betriebliche Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind periodenfremde Erträge in Höhe von 1,6 Mio. EUR enthalten.

Aufwendungen Verfahren

In den Aufwendungen Verfahren sind Erträge aus der Auflösung von Erstattungsrückstellungen verrechnet. Dabei handelt es sich um periodenfremde Erträge in Höhe von 0,5 Mio. EUR.

Periodenfremde Aufwendungen für nachgemeldete Ansprüche zurückliegender Abrechnungszeiträume entstanden in Höhe von 81,2 Mio. EUR.

Personalaufwand

Die ULAK und die ZVK haben mit Mitarbeitern, die für beide Unternehmen in zentralen Bereichen, wie z. B. Kundenservice, Informationstechnologie, Personal, Finanzen, tätig sind, Mehrfacharbeitsverträge abgeschlossen. Die Bezüge der Mitarbeiter werden entsprechend den jeweiligen Tätigkeitsanteilen von der ULAK und der ZVK getragen. Die Mitarbeiter sind gemäß ihrem Verrechnungsanteil erfasst.

Im Jahresdurchschnitt waren 659 Angestellte, im Rahmen der Immobilienfremdverwaltung 22 gewerbliche Arbeitnehmer in Voll- und Teilzeit sowie 14 Auszubildende beschäftigt. Den Personalaufwand zeigt die folgende Tabelle.

	2024	2023
	Mio. EUR	Mio. EUR
Löhne und Gehälter	49,2	51,7
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	8,8	9,1
Aufwendungen für Altersversorgung	4,0	5,4
Sonstige persönliche Kosten	0,6	0,5
Aufwendungen insgesamt	62,6	66,7

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen entfallen über 75 % auf die Bereiche Beratungsleistungen, Geschäftsräume, Ausstattung sowie Porto und Versand. Darüber hinaus sind in dieser Position 2,3 Mio. EUR aus nachträglicher periodenfremden Vorsteuer enthalten.

Zinsaufwendungen

Die Zinsaufwendungen, die aus der Ab- bzw. Aufzinsung von Rückstellungen stammen, beliefen sich im Geschäftsjahr auf 0,6 Mio. EUR.

Sonstige Angaben

Honorar des Abschlussprüfers

Das Gesamthonorar einschließlich Umsatzsteuer des Abschlussprüfers der ULAK im aktuellen Geschäftsjahr ergibt sich aus Abschlussprüfungsleistungen (175 TEUR).

Organbezüge

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Verwaltungsrates betragen 310 TEUR, die des Beirates 137 TEUR.

Auf die Angabe der Bezüge nach § 285 Nr. 9 a HGB wird entsprechend § 286 Abs. 4 HGB verzichtet, weil sich anhand dieser Angaben die Bezüge eines Mitglieds des Vorstandes feststellen lassen.

Die früheren Mitglieder des Vorstandes und ihre Hinterbliebenen erhielten im Berichtsjahr 433 TEUR; für sie besteht eine Pensionsrückstellung in Höhe von 6.196 TEUR.

Organkredite wurden nicht gewährt.

Organe

Gemäß § 5 der Satzung in der Fassung vom 29.06.2023 sind die Organe der ULAK die Mitgliederversammlung, der Verwaltungsrat, der Beirat und der Vorstand.

Die Mitgliederversammlung ist oberstes Organ der ULAK. Sie besteht aus 120 Delegierten; sie ist paritätisch mit Vertretern der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerorganisationen besetzt.

Verwaltungsrat

Robert Feiger

Bundesvorsitzender der Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt, Frankfurt a. M.
1. Vorsitzender seit 26.06.2024
2. Vorsitzender bis 26.06.2024

Uwe Nostitz

Geschäftsführender Gesellschafter der Nostitz & Partner
Bauunternehmung GmbH, Großpostwitz
2. Vorsitzender seit 26.06.2024
1. Vorsitzender bis 26.06.2024

Carsten Burckhardt

Mitglied des Bundesvorstandes der Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt, Frankfurt a. M.
Stellvertreter des 1. Vorsitzenden seit 26.06.2024
Stellvertreter des 2. Vorsitzenden bis 26.06.2024

Jutta Echterhoff-Beeke

Geschäftsführende Gesellschafterin der
Echterhoff Holding GmbH, Westerkappeln
Stellvertreterin des 2. Vorsitzenden seit 26.06.2024
Stellvertreterin des 1. Vorsitzenden bis 26.06.2024

Johannes Bauer

Bundesvorstandssekretär und Leiter der Abteilung
Strategische Planung und Controlling beim Bundesvorstand
der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt,
Frankfurt a. M.

Stefan Brettschneider

Geschäftsbereichsleiter Recht, Sozialpolitik und Fachkräfte des
Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie e. V., Berlin

Anja Christen

Justitiarin des Bundesvorstandes der Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt, Frankfurt a. M.

Andreas Ebert

Geschäftsführer der STRATIE Bau GmbH, Blankenburg

Klaus-Dieter Fromm

Stuckateurmeister, Plochingen

Uwe Goebel

Geschäftsführer der Erhard Goebel GmbH, Erlangen

André Grundmann

Leiter der Region Nord der Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt, Hamburg

Heribert Jöris

Geschäftsführer Sozial- und Tarifpolitik des Zentralverbandes
des Deutschen Baugewerbes e. V., Berlin

Ulrike Laux

Mitglied des Bundesvorstandes der Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt, Frankfurt a. M.

Thomas Paetzold

Vorstandsmitglied der Wayss & Freytag Ingenieurbau AG,
Frankfurt a. M.

Harald Schaum

Stellvertretender Bundesvorsitzender der Industriegewerk-
schaft Bauen-Agrar-Umwelt, Frankfurt a. M.

Nicole Simons

Stellvertretende Bundesvorsitzende der Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt, Frankfurt a. M.

Beirat

Antonius Allgaier

Leiter der Hauptabteilung I Politik und Grundsatzfragen der
Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, Frankfurt a. M.

Christian Beck

Abteilungsleiter der Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt, Frankfurt a. M.

Jörg Brömer

Geschäftsführer der Brömer & Sohn GmbH, Wiesbaden
seit 26.06.2024

Jon Daniel Heinemann

Leiter der Region Rheinland der Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt, Düsseldorf
seit 26.06.2024

Wolfgang Kreis

Linkenheim-Hochstetten

Antonia Kühn

Leiterin der Region Rheinland der Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt, Düsseldorf
bis 26.06.2024

Jürgen Kullmann

Geschäftsführer der Oswald Fliesen und Service GmbH & Co. KG, Fulda

Hubertus Laaser

Geschäftsführender Gesellschafter der Krutmann GmbH & Co. KG, Menden-Lendringsen

Thomas Möller

Hauptgeschäftsführer der Bauwirtschaft Baden-Württemberg e. V., Stuttgart

Dr. Robert Momberg

Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Ost e. V., Potsdam

Peter Nitschke

Fliesen Schreiber GmbH, Ballenstedt

Hans-Joachim Rosenbaum

Leiter der Region Hessen der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, Frankfurt a. M.

Kai Schwabe

Leiter der Region Niedersachsen der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, Hannover

Dr. Burkhard Siebert

Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Hessen-Thüringen e. V., Wiesbaden

Sönke Wagener

Otto Wulff Bauunternehmung GmbH, Hamburg
bis 26.06.2024

Dieter Wasilewski

Abteilungsleiter Bauhauptgewerbe der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, Frankfurt a. M.

Christian Wechselbaum

Leiter der Region Weser-Ems der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, Bremen

Prof. Beate Wiemann

Hauptgeschäftsführerin und Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bauindustrieverbandes Nordrhein-Westfalen e. V., Düsseldorf

Vorstand**Gregor Asshoff, Frankfurt am Main**

AEV, Asset Management, IT-Betrieb, ZVK, gemeinsam mit Dr. Gerhard Mudrack Revision, Vorstandsstab und Recht, Kunden- und Marktentwicklung, Unternehmensentwicklung, Unternehmensstrategie, Pflege Stamm- und Beziehungsdaten

Dr. Gerhard Mudrack, Eltville am Rhein

Finanzen und Risiko, Personal und Zentrale Dienste, ULAK, Marketing und Vertrieb, gemeinsam mit Gregor Asshoff Revision, Vorstandsstab und Recht, Kunden- und Marktentwicklung, Unternehmensentwicklung, Unternehmensstrategie, Pflege Stamm- und Beziehungsdaten

Wiesbaden, den 01.04.2025

Urlaubs- und Lohnausgleichskasse der Bauwirtschaft

Der Vorstand

Gregor Asshoff

Dr. Gerhard Mudrack

Mitglieder

Verbände des Baugewerbes

Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e. V.

Kronenstraße 55–58, 10117 Berlin

Arbeitgeberverband der Bauwirtschaft des Saarlandes e. V.*

Kohlweg 18, 66123 Saarbrücken

Baugewerbe-Verband Nordrhein

Graf-Recke-Straße 43, 40239 Düsseldorf

Baugewerbe-Verband Sachsen-Anhalt

Lorenzweg 56, 39128 Magdeburg

Baugewerbeverband Schleswig-Holstein

Hopfenstraße 2e, 24114 Kiel

Baugewerbeverband Westfalen

Westfalendamm 229, 44141 Dortmund

Bauwirtschaft Baden-Württemberg e. V.*

Hohenzollernstraße 25, 70178 Stuttgart

Bauwirtschaft Rheinland-Pfalz e. V.*

Max-Hufschmidt-Straße 11, 55130 Mainz

Fachverband Ausbau und Fassade Baden e. V.

Burkheimer Straße 12, 79111 Freiburg

Fachverband Ausbau und Fassade

Nordrhein-Westfalen

Graf-Recke-Straße 43, 40239 Düsseldorf

Fachverband der Stuckateure für Ausbau und

Fassade Baden-Württemberg

Siemensstraße 6–8, 71277 Rutesheim

Fachverband Fußbodenbau Baden-Württemberg

Röhler Weg 10, 71032 Böblingen

Holzbau Baden e. V.

Burkheimer Straße 12, 79111 Freiburg

Holzbau Deutschland

Verband Hessischer Zimmermeister e. V.

Landesinnungsverband

Werner-Heisenberg-Straße 4, 34123 Kassel

Landesinnungsverband der Fliesen-, Platten- und Mosaikleger Brandenburg

Am Heideland 2, 14913 Jüterbog

Landesinnungsverband des Sächsischen Straßenbaugewerbes

Turnerweg 6, 01097 Dresden

Landesinnungsverband Fliesen

Baden-Württemberg

Ressestraße 1, 70599 Stuttgart

Landesverband Bauhandwerk

Brandenburg und Berlin e. V.

Am Heideland 2, 14913 Jüterbog

Norddeutscher Baugewerbeverband e. V.

Semperstraße 24, 22303 Hamburg

Sächsischer Baugewerbeverband e. V.

Neuländer Straße 29, 01129 Dresden

Straßen- und Tiefbau-Verband

Nordrhein-Westfalen

Graf-Recke-Straße 43, 40239 Düsseldorf

Stuck, Putz und Trockenbau, Westfalen e. V.

Westfalendamm 229, 44141 Dortmund

Verband baugewerblicher Unternehmer

Bayerns e. V.

Bavariaring 31, 80336 München

Verband baugewerblicher Unternehmer

Hessen e. V.

Emil-von-Behring-Straße 5, 60439 Frankfurt a. M.

Verband baugewerblicher Unternehmer

im Lande Bremen e. V.

Martinistraße 53, 28195 Bremen

**Verband baugewerblicher Unternehmer
Niedersachsen e. V.**

Baumschulenallee 12, 30625 Hannover

**Verband baugewerblicher Unternehmer
Thüringen e. V.**

Blosenburgstraße 4, 99096 Erfurt

**Verband der Zimmerer- und Holzbauunternehmer
in Bayern e. V.**

Eisenacher Straße 17, 80804 München

**Verband des Zimmerer- und Holzbaugewerbes
Baden-Württemberg**

Hellmuth-Hirth-Straße 7, 73760 Ostfildern

Zimmerer- und Holzbau-Verband Nordrhein

Graf-Recke-Straße 43, 40239 Düsseldorf

Verbände der Bauindustrie

Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V.

Kurfürstenstraße 129, 10785 Berlin

**Arbeitgeberverband der Bauwirtschaft
des Saarlandes e. V.***

Kohlweg 18, 66123 Saarbrücken

**Bauindustrieverband Hamburg
Schleswig-Holstein e. V.**

Loogestraße 8, 20249 Hamburg

Bauindustrieverband Hessen-Thüringen e. V.

Abraham-Lincoln-Straße 30, 65189 Wiesbaden

Bauindustrieverband

Niedersachsen-Bremen e. V.

Bürgermeister-Spitta-Allee 18, 28329 Bremen

Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen e. V.

Uhlandstraße 56, 40237 Düsseldorf

Bauindustrieverband Ost e. V.

Karl-Marx-Straße 27, 14482 Potsdam

Bauverband Mecklenburg-Vorpommern e. V.

Werderstraße 1, 19055 Schwerin

Bauwirtschaft Baden-Württemberg e. V.*

Hohenzollernstraße 25, 70178 Stuttgart

Bauwirtschaft Rheinland-Pfalz e. V.*

Max-Hufschmidt-Straße 11, 55130 Mainz

Bayerischer Bauindustrieverband e. V.

Oberanger 32, 80331 München

Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt

Olof-Palme-Straße 35, 60439 Frankfurt a. M.

* Mitgliedsverband sowohl des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes e. V. als auch des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie e. V.

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir zu dem Jahresabschluss zum 31.12.2024 (Anlage 1) und dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024 (Anlage 1) der Urlaubs- und Lohnausgleichskasse der Bauwirtschaft, Wiesbaden, mit Datum vom 01.04.2025 den folgenden Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben ist:

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Urlaubs- und Lohnausgleichskasse der Bauwirtschaft, Wiesbaden – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Urlaubs- und Lohnausgleichskasse der Bauwirtschaft für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2024 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31.12.2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2024 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Verwaltungsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern

einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die

auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks

erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- › beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- › beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- › führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Frankfurt am Main, den 01.04.2025

Nexia GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Dieter Hanxleden Arno Kramer
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

Bericht des Verwaltungsrats

Der Vorsitz im Verwaltungsrat lag zu Beginn des Berichtsjahres bei

Uwe Nostitz als 1. Vorsitzender.

Satzungsgemäß wechselte der Vorsitz nach der Mitgliederversammlung am 26.06.2024 zwischen der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerseite. Es wurde

Robert Feiger zum 1. Vorsitzenden
gewählt.

Der Verwaltungsrat hat im Geschäftsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben wahrgenommen und die Geschäftsführung des Vorstandes überwacht sowie beratend begleitet.

Er hat sich insbesondere über die wesentlichen Geschäftsvorgänge, die Lage und die Entwicklung des Vereins sowie über grundlegende Fragen der Unternehmensplanung, die Risikosituation, das Risikomanagement, das interne Kontrollsystem und die Compliance durch mündliche und schriftliche Berichte regelmäßig, zeitnah und umfassend unterrichten lassen.

In den Verwaltungsratssitzungen während der Berichtszeit sowie durch mündliche und schriftliche Berichte des Vorstandes wurde der Verwaltungsrat laufend über die Geschäftsführung und die Entwicklung der ULAK informiert und hat diese erörtert. Er hat insbesondere die Geschäftspolitik und die Lage und Entwicklung des Vereins sowie die Planung für künftige Perioden und die Risiken der künftigen Entwicklung besprochen. In Entscheidungen von grundlegender Bedeutung war er stets eingebunden.

Bei den Mitgliedern des Verwaltungsrats sind keine Interessenkonflikte aufgetreten.

Der Jahresabschluss zum 31.12.2024 und der Lagebericht sind von der Nexia GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Frankfurt am Main, geprüft worden.

Der Jahresabschluss wurde mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Prüfungsbericht wurde den Mitgliedern des Verwaltungsrats ausgehändigt. Der Verwaltungsrat hat von dem Ergebnis der Prüfung zustimmend Kenntnis genommen. Der Abschlussprüfer hat in der Verwaltungsratssitzung bei der Besprechung des Jahresabschlusses über die Durchführung der Prüfung berichtet und dem Verwaltungsrat weitere Auskünfte gegeben. Nach dem abschließenden Ergebnis der eigenen Prüfung des Verwaltungsrats sind Einwendungen gegen den Jahresabschluss und den Lagebericht nicht zu erheben.

Der Verwaltungsrat billigt den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss, der damit festgestellt ist.

Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand und den Mitarbeitern sowie den Betriebsräten für die im Berichtsjahr erfolgreich geleistete Arbeit.

Wiesbaden, den 21.05.2025

Der Verwaltungsrat

Robert Feiger
1. Vorsitzender

Uwe Nostitz
2. Vorsitzender

Carsten Burckhardt
Stellv. 1. Vorsitzender

Jutta Echterhoff-Beeke
Stellv. 2. Vorsitzende

Mitglieder des Verwaltungsrats

Johannes Bauer

Stefan Brettschneider

Anja Christen

Andreas Ebert

Klaus-Dieter Fromm

Uwe Goebel

André Grundmann

Heribert Jöris

Ulrike Laux

Thomas Paetzold

Harald Schaum

Nicole Simons

Urlaubs- und Lohnausgleichskasse der Bauwirtschaft
Wettinerstraße 7
65189 Wiesbaden

Kontakt

Telefon: 0611 707-0

E-Mail: service@soka-bau.de

soka-bau.de

